

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.** | **Milch-Chocolade**  
 Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | No. 600.  
 Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle:  
Wienstraße 38/40.

**Einzelgen. Zeitl.**  
 Einzelgen. von 10 Pfennigen bis 10 Mark.  
 3 Bde., 10 Bde., 20 Bde., 30 Bde., 40 Bde., 50 Bde., 60 Bde., 70 Bde., 80 Bde., 90 Bde., 100 Bde., 110 Bde., 120 Bde., 130 Bde., 140 Bde., 150 Bde., 160 Bde., 170 Bde., 180 Bde., 190 Bde., 200 Bde., 210 Bde., 220 Bde., 230 Bde., 240 Bde., 250 Bde., 260 Bde., 270 Bde., 280 Bde., 290 Bde., 300 Bde., 310 Bde., 320 Bde., 330 Bde., 340 Bde., 350 Bde., 360 Bde., 370 Bde., 380 Bde., 390 Bde., 400 Bde., 410 Bde., 420 Bde., 430 Bde., 440 Bde., 450 Bde., 460 Bde., 470 Bde., 480 Bde., 490 Bde., 500 Bde., 510 Bde., 520 Bde., 530 Bde., 540 Bde., 550 Bde., 560 Bde., 570 Bde., 580 Bde., 590 Bde., 600 Bde., 610 Bde., 620 Bde., 630 Bde., 640 Bde., 650 Bde., 660 Bde., 670 Bde., 680 Bde., 690 Bde., 700 Bde., 710 Bde., 720 Bde., 730 Bde., 740 Bde., 750 Bde., 760 Bde., 770 Bde., 780 Bde., 790 Bde., 800 Bde., 810 Bde., 820 Bde., 830 Bde., 840 Bde., 850 Bde., 860 Bde., 870 Bde., 880 Bde., 890 Bde., 900 Bde., 910 Bde., 920 Bde., 930 Bde., 940 Bde., 950 Bde., 960 Bde., 970 Bde., 980 Bde., 990 Bde., 1000 Bde.

**Kunst-Salon von Emil Richter**  
 Prager Strasse  
**Hochzeits-Geschenke**  
 Geschmackvoll. • Künstlerisch. • Preiswert.

**Zu Frühjahrskuren**  
 täglich frisch gepresste Frühlingskräutersäfte, normal und verstärkt. Letztere auch als Ersatz für Marienbader Mineralwasserkuren bei Kopulenz empfohlen. Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen in der Löwen-Apotheke zu Dresden. Fernspr. 452.

**Julius Schädlich**  
 Am See 10, part. u. I. Et.  
**Beleuchtungs-Gegenstände**  
 für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

**Lederwaren. Reise-Artikel.**

Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.**

**Adolf Näter** Lederwaren-Spezialgeschäft  
 26 Prager Strasse 26.

**Für eilige Leser.**  
 Mutmaßliche Witterung: kühl, veränderlich.  
 Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ ist mit dem Kaiserpaar gestern mittig in Messina eingetroffen.  
 Fürst Bülow wird einer Einladung Kaiser Wilhelms Folge leisten und sich nach Ostern nach Korsu begeben.  
 Der Reichstag legte gestern die Beratung über das Reichsvereinsgesetz fort und nahm den Sprachparagrafen an.  
 Die Reichstagsferien dauern vom 10. bis 26. April.  
 Gegen die Münchener Zeitschrift „März“ ist wegen des erfindenen Briefwechsels zwischen Kaiser Wilhelm und Lord Tweedmouth ein Ermittlungsverfahren wegen groben Unfugs eingeleitet worden.  
 Bei der Hagener Akkumulatorenfabrik in Oberschönweide haben 400 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.  
 Auf einem Gehöft in Rognowo eskalieren durch Einatmen von Kohlenoxydgasen 5 Drainagearbeiter.  
 Während der Lohnzahlung in der Seiffabrik Polak in Benzgin brang eine Bande in die Fabrik ein und raubte 1000 Rubel.

**Der Bloß als Erzieher.**  
 Es ist noch nicht lange her, daß der Freisinn im deutschen Reichstage eine Politik unfruchtbarer Verneinung trieb, die sogar vor nationalen Freuen nicht Halt machte. Einserponnen in seine „unveränderlichen Grundsätze“, hörte der Linksliberalismus nicht auf die Forderungen der Zeit; die Ueberbannung des Individualitätsbegriffes machte ihn blind gegen alles, was diesen auch nur von ferne zu hecmiträdigen schien; der Staatssozialismus, wie Bismarck ihn aus christlichen Grundanschauungen heraus auszunitten der wirtschaftlich Schwächeren inauquiert hatte, fand am Freisinn lange Zeit keinen Besser; die militärischen Notwendigkeiten, die Deutschland wegen seiner gefährdeten zentralen Lage im Ozean Europas trotz aller finanziellen Opfer nun einmal auf sich nehmen muß, stießen ebenfalls auf harte Opposition — und nun gar erst die Wirtschaftspolitik! Die vom Freisinn vertretene mandchurische Richtung hat sich jederzeit unserer unbedingten notwendigen anerkannten Schutzpolitik mit fanatischer Feindschaft entgegensetzt. Auch sonst, wo man nur hinschauen mag, zeigte der Freisinn leider zu viel theoretische Verbissenheit und zu wenig Sinn für die politische Praxis mit ihren unvermeidlichen Kompromissen, zu viel Rücksichtnahme auf subjektive Rechte und allzu geringes Verständnis für den Staatsgedanken: man braucht hier nur an sein Wahlrechts- und Finanzprogramm zu denken. Daß das alles mit einem Schläge anders werden würde, konnte niemand erwarten, aber es ist immerhin ein erfreulicher Umschwung zu Besseren eingetreten, der — wenn er auch nicht erst seit der Bülowischen Bloßpolitik her datiert — doch durch diese eine entscheidende Förderung erfahren hat. Mit ihr und in ihr ist der Freisinn zum ersten Male wieder in eine sichere Mehrheit mit praktischen politischen Zielen eingetreten. Die nationale Basis, mit der der Bloßgedanke steht und fällt, hat auch auf die Entschicklungen des Linksliberalismus eine tiefende Wirkung ausübt: die debattolte Annahme des Votennetzes in dritter Lesung, um nur ein Beispiel herauszuarbeiten, zeigt deutlich, wie sehr auch im Freisinn das Verständnis für die nationale Bedeutung einer starken Flottenflotte feste Wurzel geschlagen hat. Noch klarer erweist sich die Wendung zu höherer Einsicht beim Freisinn am Vereinsgesetz, denn in der vielumstrittenen Sprachfrage dieses Gesetzeswurdes, die in enaerem Sinne des Wortes national zu nennen ist, bekennt sich der größere Teil des Linksliberalismus zu den Wünschen gegen unser deutsches Volkstum. Das ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung man am besten an dem Wechselkreuz des Zentrums und der Sozialdemokratie abmessen kann: die Mut gegen die „Verräterei des Freisinn“ nimmt in den Klättern beider Parteien geradezu die Formen föhlicher Maferei an. Der Bloß aber hat an Festigkeit erworben und die Verbekraft des nationalen Gedankens einen schöner Sieg zu verzeichnen. Soweit man es bis jetzt zu übersehen vermag, ist die Annahme des Vereinsgesetzes so gut wie sicher und damit die Hoffnungen geoben, daß die erste schwere Belohnungsprobe der konstitutionell-liberalen Paaruna bald allfältig überstanden sein wird.  
 Zwar sind auch dann noch andere, mindestens ebenso schwere Proben zu bestehen, aber die Tatsache, daß der Kompromißgedanke allmählich auch beim Freisinn die falsche Maxime des „Alles oder nichts“ aus dem Felde zu schlagen beginnt, eröffnet hoffnungsvolle Perspektiven sowohl für

das Zustandekommen der Börjennovelle, wie einer ausreichenden Reichsfinanzreform. Auch hier hat der Bloß als Erzieher gewirkt, denn der Linksliberalismus als ein Glied desselben mußte sich je länger, desto mehr davon überzeugen, daß mit billiger Prinzipienreiterei im Kampfe der verschiedenen Meinungen kein positives Ergebnis zu erzielen sei. Daß es an Angriffen gegen die freisinnige Fraktionsgemeinschaft wegen ihrer neuen Taktik aus den Reihen ihrer eigenen Anhänger nicht geblieben hat und noch besteht, ist nicht weiter verwunderlich, weil nirgends soviel Eigenbrödel und „Lucentwege“ zu finden sind, wie gerade im Linksliberalismus. Da ist es interessant, zu hören, wie zum Beispiel die „Vossische Zeitung“ die freisinnige Kompromißtaktik innerhalb des Bloßrahmens verteidigt. Sie führte kürzlich aus: Gegenüber solchen Angriffen muß hervorgehoben werden, daß auch die großen Führer der Fortschrittspartei dem Abschluß von Kompromissen unter Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen durchaus nicht abgeneigt waren, wenn dadurch ein wirklicher Fortschritt in der Gesetzgebung erreicht werden konnte. So erklärte Rudolf Virchow im Jahre 1879 an dem ersten Parteitage der Deutschen Fortschrittspartei in Berlin: „In den Parlamenten soll etwas für das Volk gewonnen, nicht bloße Theorien ausgesprochen werden. Um praktische Erfolge zu erzielen, kann man nicht mit einem unbestimmten Radikalismus arbeiten.“ Bemerkenswert ist, daß Virchow diese Worte sprach in der Zurückweisung des Vorwurfs, er und die Partei ließen Waldecks Grundsätze im Stich. Daß Virchow von der Theorie „Alles oder nichts“ nichts wissen wollte, bekundete er auch am 20. November 1872, als er im Abgeordnetenhaus bei der Beratung der Kreisordnung erklärte: „Ich vertrete Grundsätze, nach denen ich mein ganzes Leben lang gehandelt habe. Dann kann man, meine Herren, wenn man sieht, daß man irgendeinen Grundsat nicht ganz durchbringen kann, sich unter Umständen mit einem Kompromiß begnügen. Denn das kann niemand verlangen, daß das Prinzip in jedem Augenblick gleich voll verwirklicht wird.“ Bei derselben Gelegenheit erklärte Rudolf Virchow auch: „Wir erachten es für unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß wir aus dem gegenwärtigen Zustande herauskommen. Wir wollen unserselbst alle Hand mit anlegen, wenn auch nicht einmal annähernd das erreicht wird, was wir wünschen.“ Das ist genau der Standpunkt, den der Abgeordnete von Pauer jüngst in der Reichstagskommission zur Vorberatung des Vereinsgesetzes einnahm, als er erklärte: „Es ist das Beste und Populärste, sich auf einen prinzipiellen Standpunkt zu stellen, unbedünmert darum, welche Folgen sich ergeben.“ — Soweit das freisinnige Blatt! Man wird nicht leugnen können, daß die hier zitierten Aussprüche von gesunder Vernunft getragen sind, und daß die Freisinnigen besser gefahren wären, wenn sie sich jederzeit auf einen praktischen Kompromißstandpunkt gestellt hätten, statt Eigenbrödel zu treiben. Die praktische Politik ist nun einmal die Kunst des Möglichen, nicht aber eine Gelegenheitskunst, durch Prinzipienreiterei zu glänzen. Kürst Bülow hat dem Linksliberalismus die Abkehr von den früheren unfruchtbareren Wegen gewiß leicht gemacht, denn sowohl Vereinsgesetz wie Börjennovelle bedeuten große Zugeständnisse an die Linke, derenwegen ein Kompromiß sich schon lohnt. Ist der erste Schritt getan, werden die anderen schon leichter sein. . .

Der Bloß als Erzieher hat diese seine Eigenschaft übrigens auch an einem Manne bewährt, von dem es am allerleichten zu erwarten war: an Naumann. Es ist fastam bekannt, welche Irrwege der ehemalige Pastor manchmal gewandelt ist, weil er, wie so viele seiner Gesinnungsgenossen, das wahre Wesen der Sozialdemokratie gründlich verkannt hat. Wie oft hat er dem Freisinn den Anschluss an die Umsturzpartei empfohlen, um gemeinsam mit ihr gegen die „Reaktion von rechts“ zu kämpfen! Und jetzt? In seiner „Hilfe“ bekennt er offen, wie an anderer Stelle bereits mitgeteilt, daß es ein ausfichtsloses Unterfangen sei, zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie eine gewisse Verschmelzung durch Einschlebung einer neuen Partei erzielen zu wollen, wie er es seinerzeit in der nationalsozialen Partei vergeblich versucht hat. Auch er erkennt das Entweder—Oder zwischen der Sozialdemokratie und allen anderen bürgerlichen Parteien ausdrücklich an, wenn er auch einräumt, daß es „Einzelmenschen“ geben kann, die zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus in der Mitte stehen. Wie Herr Naumann diesen Passus seiner Ausführungen meint, ist uns nicht recht verständlich, aber für unsere Betrachtung auch nicht wesentlich, weil der Kern seiner Veröffentlichung in dem Anerkennung liegt, daß sich eine Partei aus Einzelmenschen nicht machen läßt, sondern, je kleiner sie ist, desto

schärferer theoretischer und praktischer Disziplin bedarf, um ihr Gewicht in die öffentliche Politik zu können. Diese Frucht vom Baume der Erkenntnis hat Herr Naumann der Hochpolitik zu danken, die alle nationalen und bürgerlichen Elemente gegen das schwarz-rote Kartell zu einer Masse vereint hat. Will der Freisinn beim Reichstagsbloß bleiben — und er kann in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse nicht anders, will er sich nicht selbst aufgeben! — so muß er natürlich darauf sehen, sich seinen neugewonnenen parlamentarischen Einfluß zu erhalten. Wie bekannt, kommt aber die freisinnige Gemeinschaft aus den inneren Krisen nicht heraus, weil Leute vom Schlage des Dr. Barth, v. Gerlach und Breitscheid immerzu auf Quertreibern bedacht sind und schon wieder — eine neue freisinnige Partei gründen wollen, als ob das Häufchen des Linksliberalismus nicht schon in allzuvieler Partikeln zerstückelt wäre. Das hat Herrn Naumann, der jetzt mitten in der praktischen Politik steht, doch wohl zu denken gegeben und ihn veranlaßt, mit einer aus seinem Munde etwas seltenem klingenden Mahnung zu irreführender Parteidisziplin hervorzutreten. Auch hier also implizite ein Sieg des Gedankens, daß gerade wir Deutschen, die wir — wie die Geschichte lehrt — in unserer Starrköpfigkeit fast nie unter einem Hut zu bringen sind, uns unter dem Zeichen großer, grundlegender Gesichtspunkte aufzusammenfinden, zusammenspannen müssen, um uns in der Welt zu behaupten und vorwärts zu kommen, aufzuspannen müssen auch um den Preis, daß der einzelne vielleicht hier und dort, um mit Naumann zu reden, den Druck der großen Organisation irgendwie schmerzlich empfindet. Das muß ertragen werden, wie in der Partei, so besonders dort, wo es die vitalen Interessen des großen Ganzen gilt.

**Neueste Drahtmeldungen vom 4. April.**  
 Deutscher Reichstag.  
 Berlin. (Priv.-Tel.) Die zweite Lesung des Vereinsgesetzes wird bei § 7, dem Sprachparagrafen, fortgesetzt. Er hat in der Kommission nachstehende Fassung erhalten:  
 „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Diese Vorschriften finden auf internationale Monarchie, sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Reichstag und für die abzuwählenden Versammlungen der Bundesstaaten und Esch-Lothringen vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahlgesetzes bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung. Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesteilen, in denen zurzeit des Antrittes dieses Gesetzes alteingesessene Bevölkerungsanteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsanteile nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung sechs bis zum Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten zwanzig Jahre nach dem Antrittes dieses Gesetzes der Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranlasser der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal vierundzwanzig Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeie erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Ueber die Anzeie ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheidigung zu erteilen. Als Landesteile gelten die Verälder der unteren Verwaltungsbehörden. Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung Abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“  
 Die Sozialdemokraten beantragen die Streichung des § 7. — Die Polen beantragen folgende Fassung: Die Verhandlungen in öffentlichen anzeiepflichtigen Versammlungen sind in der Regel in deutscher Sprache zu führen. (Der Töne Danken beantragt hier, vor „Versammlungen“ einzufügen „politische“.) Wenn in einer öffentlichen Versammlung in einer fremden Sprache verhandelt werden soll, so haben die Veranlasser die erforderliche Anzeie mindestens dreimal vierundzwanzig Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde zu erteilen. Bei der Anzeie muß die Absicht, in fremder Sprache zu verhandeln, mitgeteilt werden und die Bezeichnung dieser fremden Sprache selbst erfolgen. In Versammlungen, für welche diese vorgeschriebene Mitteilung von dem Veranlasser nicht erfolgt, ist der Gebrauch einer fremden Sprache nicht erlaubt. Die Anzeie wird durch die öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt. Ohne die ausdrückliche Einwilligung des Veranlassers oder Leiters einer öffentlichen Versammlung darf in derselben in einer nichtdeutschen Sprache nicht verhandelt werden.“ — Der Präsident schlägt vor, anstelt mit § 7 die esch-lothringische Resolution zu verbinden. Diese Resolution, beantragt vom Elffler Dr. Grögnire und den Lothringern Lebrosse und die Wendel und unterstützt durch die Führer der Bloßparteien, erlucht den Reichsanaler, er möge bei den Bundesstaaten und bei

fertig ist der Block von Friedrich J. Glöckner